

# Posener Tageblatt

**Molenda-**  
**Stoffe**  
unerreicht  
in Qualität u. Preis.  
Poznań,  
Plac Śto. Krzyski 1.

**Bezugspreis** Nr. 1, 1932 Postbezug (Polen und Danzig) 4.39 z. Polen Stadt u. der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 4 z. durch Boten 4.40 z. Provinz in den Ausgabestellen 4 z. durch Boten 4.30 z. Unter Streifenband in Polen u. Danzig 6 z. Deutschland und übriges Ausland 2.50 Km Einzelnummer 0.20 z. Bei höherer Gewalt Betriebsförderung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes“, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275 Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akt., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



**Anzeigenpreis:** Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 15 gr., im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr., Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldbf. Platzvorrat und schwieriger Satz 50%, Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 207 915, in Deutschland: Berlin Nr. 156 102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.

**Schneider-**  
**Zutaten**  
für  
Herrengarderobe.  
Billig und gut.  
Wielka 4/5, I.

72. Jahrgang

Freitag, 10. März 1933

Nr. 57

## Plenarsitzung des Reichstages Japans Austritt aus dem Völkerbund im Krolltheater

Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche voraussichtlich am 21. März

Berlin, 9. März.

Der Reichskanzler hat mit dem Reichspräsidenten Göring und dem Reichsminister des Innern Dr. Frick die Garnisonkirche in Potsdam besucht, um sich über die Vorbereitungen für den anlässlich der Eröffnung des Reichstags dort stattfindenden feierlichen Staatsakt mit dem in Betracht kommenden kirchlichen und staatlichen Stellen zu besprechen. Im Anschluß an diesen Besuch wurde der „Lange Stall“ in Potsdam, dann das Krolltheater in Berlin besichtigt, die beide für die Plenarsitzungen des Reichstags in die engere Wahl kommen. Die Entscheidung fiel zugunsten des Krolltheaters. Der Zusammentritt des Reichstags soll möglichst beschleunigt werden.

An dem Eröffnungsgottesdienst in der Nikolai-Kirche wird der Reichspräsident teilnehmen. Nach Beendigung des Gottesdienstes dort, wie in der katholischen Stadtpfarrkirche, ziehen die Teilnehmer in geschlossenen Zügen unter dem Geläute aller Glocken Potsdams in die Garnisonkirche. Dort findet ein Staatsakt statt. Der Reichspräsident wird eine Begrüßungsansprache halten und alsdann dem Reichstag das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung geben. Anschließend an den Staatsakt begibt sich der Reichspräsident allein zur Gruft, wo er zwischen den Särgen Friedrich Wilhelms I. und Friedrich des Großen einen Lorbeerkranz niederlegt. In Anschluß daran schreitet der Reichspräsident vor der Kirche die Front der Ehrenkompagnie ab. Hier schließt sich ein Vorbeimarsch der Ehrenkompagnie an.

Nach Abschluß der Feier in Potsdam begeben sich Reichsregierung und Abgeordnete zur Eröffnungssitzung nach Berlin. Es ist anzunehmen, daß die Eröffnung voraussichtlich am 21. März stattfinden wird.

### Der feierliche Staatsakt

Berlin, 9. März.

Die Eröffnung des Reichstags wird sich diesmal in ganz anderen Formen vollziehen, als es bisher üblich gewesen ist. Nicht nur, daß wegen des schändlichen Brandattentats im Reichstagsgebäude ein anderer Ort für die Eröffnungssitzung gewählt werden muß, sondern der ganze Rahmen der Eröffnungssitzung wird sehr wesentlich von dem früheren unterscheiden. Die eigentlichen Eröffnungssitzungen und die laufenden Tagungen des Reichstags werden in den Räumen der Krolloper stattfinden. In der Potsdamer Garnisonkirche, an der historischen Stätte über der Gruft des großen Preußenkönigs, wird diesen ordentlichen Verhandlungen des Reichstags ein feierlicher Staatsakt vorangehen, nachdem in der Potsdamer Nikolaitirche und der katholischen Stadtpfarrkirche Eröffnungsgottesdienste für die Abgeordneten der beiden Konfessionen abgehalten worden sind. Der Reichspräsident wird persönlich den neuen Reichstag begrüßen und dem Reichskanzler das Wort zur Regierungserklärung erteilen.

Damit ist eine völlig neue Form für die Eröffnung des Reichstags gewählt worden, ähnlich der Eröffnung des Reichstags im kaiserlichen Deutschland durch die Thronrede des Kaisers und der des englischen Parlaments durch diejenige des Königs. Es wird das erste Mal sein, daß Reichspräsident von Hindenburg aus einem solchen Anlaß im Reichstag erscheint, nachdem er bisher überhaupt nur nach seiner ersten Wahl zu seiner Vereidigung an

einer feierlichen Reichstagsitzung teilgenommen hat. Man sieht in dieser Tatsache, daß nicht das älteste Mitglied, sondern das Staatsoberhaupt, verkörpert durch die Persönlichkeit des greisen Feldmarschalls, das neue Parlament eröffnet, ein Symbol für die Vereinheitlichung der Willensbildung der beiden Träger der Staatsgewalt, Reichspräsident und Reichstag. Der gleiche Gedanke kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Reichskanzler die Regierungserklärung abgeben wird, bevor die formale Konstituierung des Reichstags erfolgt ist. Wenn dann schließlich der Reichspräsident gerade in dieser feierlichen Stunde einen Kranz an der Gruft des Großen Friedrichs niederlegt, so bedeutet auch dies ein Symbol für die Verwirklichung der neuen Zeit in den Traditionen der Geschichte.

Berlin, 8. März. Verschiedentlich sind die gestrigen Äußerungen des Reichspressesekretärs Funk in seiner Rundfunkansprache über den Eröffnungstermin der Reichstagsverhandlungen mißverstanden worden. Von zuständiger Stelle wird ausdrücklich noch einmal betont, daß ein endgültiger Termin noch nicht festgesetzt ist, aber wahrscheinlich die Einberufung des Reichstages zwischen dem 3. und 8. April erfolgen wird. Das bedeutet nicht etwa, wie es in einem Teil der Presse ausgelegt worden ist, daß eine Tagungsperiode vom 3. bis 8. April in Aussicht genommen ist, sondern daß in diesen Tagen der Zusammentritt erfolgt. Wahrscheinlich wird die feierliche Eröffnungssitzung am 3. oder 4. April stattfinden.

Weber den Tagungsort liegen ebenfalls noch keine endgültigen Entscheidungen vor. Wie wir hören, finden Mittwochs nachmittag in Potsdam weitere Besprechungen der technischen Prüfungskommission statt.

### Reichskanzler Hitler spricht am 11. März im Rundfunk

Berlin, 8. März. Reichskanzler Hitler wird am Sonnabend, 11. März, in der Zeit von 19.30 bis 20 Uhr über alle deutschen Rundfunksender „zur Lage“ sprechen.

### Die Wahl des neuen heftigen Staatspräsidenten

Darmstadt, 8. März. Zu der bevorstehenden Wahl des neuen heftigen Staatspräsidenten verlautet in politischen Kreisen, daß sie nicht, wie ursprünglich erwartet, noch am Freitag dieser Woche stattfinden werde. Reichsinnenminister Dr. Frick kann erst am Donnerstag nach Darmstadt kommen. Daran anschließend sollen noch einige Vorbereitungen getroffen werden. Der Zusammentritt des Landtages und die Wahl des neuen Staatspräsidenten, für den auch das Zentrum stimmen dürfte, wird voraussichtlich erst am Dienstag der kommenden Woche erfolgen.

Im Gegensatz zu diesen Verlautbarungen teilt die politische Abteilung des nationalsozialistischen Gauleiters Sprenger mit: Zu den Veröffentlichungen der Presse über einen Zusammentritt des heftigen Landtages zur Wahl eines Staatspräsidenten und ähnlichen Maßnahmen läßt der Gauleiter feststellen, daß es sich hier um unbegründete Veröffentlichungen handelt. Weber vom Landtagspräsidenten noch vom Gauleiter sind diesbezügliche Anordnungen ergangen.

### Ernennungen in Preußen

Berlin, 9. März. Die Kommissare des Reiches haben zu Regierungs-Vizepräsidenten ernannt: Bei der Regierung in Gumbinnen den Oberregierungsrat Dr. v. Braumüller, in Breslau den Verwaltungsgerichtsdirektor v. Scheller, in Schleswig den Regierungsdirektor Dr. Böhring.

## Das Kabinett beschließt

Tokio, 8. März.

Das japanische Kabinett stimmte in aller Form der Note zu, in der der Austritt Japans aus dem Völkerbund erklärt wird. Die Note muß zunächst dem Kaiser vorgelegt werden. Der Geheimrat wird sich mit der Frage des Austritts am Freitag befassen, und die förmliche Notifizierung wird voraussichtlich am 20. März dem Völkerbund übergeben werden.

Genf, 8. März. Der Sowjet-Außenkommissar Litwinow hat dem Generalsekretär des Völkerbundes in einem längeren Schreiben mitgeteilt, daß die Sowjetunion den Beschlüssen der Völkerbundsversammlung über den chinesisch-japanischen Streitfall nicht beitreten und an den Verhandlungen des von der Völkerbundsversammlung eingesetzten Konjunktionskomitees nicht teilnehmen könne.

Peking, 8. März. Der Oberbefehlshaber der chinesischen Streitkräfte im Norden, Marshall

Chang Hsuehliang ist zurückgetreten. 30 000 Mann seiner Truppen führten bei Kupeikon ein verzweifeltes Rückzugsgefecht und verteidigten dort einen der wichtigsten Pässe nach Nordchina. Der offizielle Titel des Marschalls war „Vizeoberbefehlshaber der nationalen Armee und Oberbefehlshaber der Verteidigungsstreitkräfte an der Nordostgrenze“. Der Marschall ist auch Mitglied des zentralen politischen Rates in Nanking.

### Eine Pariser Entschlieung zur Waffenausfuhr

Paris, 9. März.

Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten hat eine Entschlieung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich in Genf Verhandlungen einzuleiten, damit alle Nationen die Waffen- und Munitionsausfuhr nach den Ländern verbieten, die die Empfehlungen des Völkerbundes gelegentlich eines Konfliktes, die der Völkerbund nach Artikel 12 und 15 seines Statuts gefaßt hat, nicht angenommen haben.

## Vollziehung des Sejms

Neue Gesetzeswürfe — Wann wird die Session geschlossen? Die Wahl des Staatspräsidenten

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

A. Warschau, 9. März.

Die gestrige Vollziehung des Sejms nahm einen ruhigen Verlauf. Auf der Tagesordnung standen nicht weniger als 25 Punkte, darunter 9 Kommissionsberichte und 18 erste Lesungen von der Regierung eingebrachter neuer Gesetzeswürfe. Zu einer lebhafteren Aussprache kam es lediglich bei dem Gesetzeswurf über die Emission von neuen Staatsanleihen in Höhe von 200 Millionen Zloty. Der nationaldemokratische Prof. Rybarski wies darauf hin, daß die Regierung bereits im vergangenen Jahre die Erhöhung ihrer Kredite bei der Bank Polsti von 50 auf 100 Millionen Zloty mit der Notwendigkeit begründet habe, dem Staatsschatz Betriebsmittel zu verschaffen. Diese Mittel seien aber zur Deckung der Fehlbeträge benutzt worden, und mit derselben Begründung wie im vergangenen Jahre, aber gleichfalls für denselben Zweck würden jetzt die 200 Millionen Zloty verlangt. Der freie polnische Geldmarkt werde voraussichtlich die 200 Millionen Zloty nicht aufbringen wollen, und so werde der Regierung nichts anderes übrig bleiben, als ihre Schatzscheine in vollem Umfang bei der Bank Polsti zu lombardieren, deren Statuten offensichtlich im Hinblick auf diese Schatzscheineemission abgeändert worden seien.

In einer auch beim Regierungsblock wenig eindrucksvollen Rede verfuhr Minister Jawadski die Argumente Rybarskis zu widerlegen. Er behauptete, es bestehe kein Zusammenhang zwischen der Abänderung der Statuten der Bank Polsti und der neuen Schatzscheineemission, die vielmehr durchaus normalen Charakter habe und einfach eine Nachahmung des in zahlreichen anderen Staaten üblichen Verfahrens der Regierung auf dem Gebiete des kurzfristigen Staatskredits darstelle.

Sämtliche Regierungsentwürfe wurden in erster Lesung mit den Stimmen des Regierungsblocks angenommen und dann den Ausschüssen überwiesen. Die Nationaldemokratie hatte drei Interpellationen wegen Ausschreitungen der Polizei gegen Studenten eingebracht, die auf einer der nächsten Sitzungen des Parlaments zur Verhandlung kommen sollen. Die nächste Vollziehung findet heute nachmittag um 4 Uhr statt.

In den Korridoren des Sejms wurde gestern lebhaft die Frage des Schlußtermins der gegenwärtigen Parlamentssession diskutiert. In den Sejmanschlüssen liegen noch so viele unerledigte Gesetzeswürfe, und die Regierung bringt ständig so viele neue Gesetzesentwürfe im Parlament ein, daß nicht das

mit zu rechnen ist, daß das Parlament wie im vergangenen Jahre seine Arbeiten bereits vor dem 19. März abschließen kann. Einerseits heißt es, daß die ordentliche Sejm-session noch in den April hinein dauern werde, andererseits hört man aber die Version, daß ohne Rücksicht auf die Gesetzgebungstätigkeit des Parlaments die Session auf jeden Fall am 23. März geschlossen werden würde. In letzterem Falle würde aber bereits am 24. März eine außerordentliche Session einberufen werden, die dann bis in den Juni dauern und nebenbei auch die Neuwahl des Staatspräsidenten, die im Mai stattfinden muß, vornehmen würde. Auf diese Weise würde die Opposition an einer wirkungsvollen Obstruktion gegen die Präsidentenwahl gehindert werden.

### Die zurückgetretenen Rektoren

Auch der Posener Rektor verzichtet

Obwohl die Regierungspresse gestern morgen noch angekündigt hatte, daß außer den Rektoren der Universitäten in Warschau und Krakau keine Reiter polnischer Hochschulen dem Beschluß der Rektorenkonferenz am vergangenen Sonnabend Folge leisten und ihre Mandate niederlegen würden, haben gestern außer dem Rektor der Posener Universität auch der Rektor und Prorektor der Demberger Universität und der Rektor der Wilnaer Universität ihre Ämter niedergelegt. Damit haben die Rektoren der wichtigsten Hochschulen Polens resigniert.

### Brief an den Wojewoden

Der gestern zurückgetretene Rektor der Posener Universität, Prof. Dr. Stanislaw Pawlowski, hat, im Zusammenhang mit den letzten Studentenunruhen, an den Posener Wojewoden folgendes Schreiben gerichtet, in dem folgendes zu lesen ist:

„Am 6. März hielt um 5.45 Uhr nachmittags vor dem Collegium Minus ein Auto, dem zehn Polizeibeamte mit einem Kommissar an der

Spitze entzogen. Auf Befehl des Kommissars wurden die vor dem Gebäude stehenden Studenten mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben. Die Jugend verhielt sich ruhig und gab nicht den geringsten Anlaß zum Eingreifen der Polizei. Während ihrer Aktion überschritt die Polizei den Bürgersteig, der unbedingt als Grenze des Unruheterritoriums betrachtet werden muß. Die Studenten wurden auf Universitätsboden angegriffen und zwischen den Blumenbeeten bis zur Treppe und dem Tor des Collegium Minus getrieben. Einer der Schutzleute machte erst in der Tür des Collegium Minus halt. Auf der Treppe wurden die drei ersten besten Studenten verhaftet und zum Auto gebracht. Zum Beweis fügen wir Aussagen zahlreicher Zeugen und Aussagen eines der Professoren bei. Da sich die Zwischenfälle auf dem Boden der Posener Universität ohne die geringste Intervention der akademischen Behörden ereigneten, und die Studenten durch ihr Verhalten keinen direkten Anlaß zum Vorgehen der Polizei gaben, lege ich gegen die Verletzung des Unruheterritoriums feierlichsten Protest ein und bitte den Herrn Wojewoden, schnellstens eine Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen zu bestrafen."

### Westerplatte

#### Der Völkerbundskommissar nach Genf gefahren

Danzig, 9. März.

Der Kommissar des Völkerbundes in Danzig hat am Mittwoch Besprechungen mit dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig und dem Präsidenten des Senates in der Angelegenheit der Verstärkung der polnischen Wache auf der Westerplatte durch polnische Militärs gehabt. Es ist dabei zu einer Regelung nicht gekommen. Der Kommissar hat sich darauf nach Genf begeben, um die schnelle Herbeiführung einer Entscheidung zu betreiben.

### Roosevelt erwartet sofortige Wiederaufnahme des Bankbetriebs

Washington, 9. März. Nach einer mehrstündigen Konferenz mit den Führern des Kongresses gab Präsident Roosevelt die Erwartung Ausdruck, daß auf Grund der für heute erwarteten Annahme des Notbankgesetzes der Bankbetrieb sofort wieder aufgenommen werden wird. Obwohl die Teilnehmer der Konferenz sich über die Einzelheiten nicht äußern wollten, wurde betont, daß eine vollständige Ueber einstimmung erreicht worden sei, die eine baldige Zustimmung des Kongresses verbürge. Der Hauptzweck des Notgesetzes sei die Wiedereröffnung möglichst vieler Banken, wobei angenommen wird, daß die Nationalbanken zuerst öffnen und die Staatsbanken folgen werden. Der Hauptpunkt des Gesetzes ist die Währungsexpansion innerhalb des Federal-Reserve-Acts, der jedoch hierzu ebenso wie die Glass-Steagall-Bill einiger Abänderungen bedarf. Die Tatsache, daß Senator Glah, der als unentwegter Gegner einer Inflation bekannt ist, den Vorschlägen zustimmte, wirkte allgemein beruhigend.

### Auf der Suche nach Goldhamsterern

New York, 9. März. Die Federal-Reserve-Bank von New York und Richmond und offenbar auch sämtliche übrigen Federal-Reserve-Banken sind vom Federal-Reserve-Board beauftragt worden, die Personen namhaft zu machen, die seit dem 1. Februar Gold abgehoben und bis zum 13. März nicht zurückgezahlt haben. Man nimmt an, daß die Goldhortung nach dem 13. März mit einer Steuer belegt wird und die Namen der betreffenden Personen veröffentlicht werden. Die Federal-Reserve-Bank von Chicago gab bereits bekannt, daß vor kurzem von einer Einzelperson eine halbe Million Dollar Gold abgehoben worden ist.

### Gegen böswillige Journalisten

W.B. meldet: Angesichts der böswilligen Berichterstattung über innerdeutsche Vorgänge in der ausländischen Presse waren seitens der Reichsregierung ernste Maßnahmen gegen eine Anzahl von Auslandskorrespondenten in Vorbereitung. Ein Teil der fraglichen Korrespondenten hat sich dem Zugriff der Polizei durch Abreise entzogen. Was die übrigen Korrespondenten anlangt, so liegt von diesen nunmehr die Zusicherung vor, in Zukunft in ihrer Berichterstattung sich jeder böswilligen Tendenz zu enthalten und Zweideutigkeiten zu vermeiden. Im Hinblick hierauf und auf die einschärfere Beurteilung der hiesigen Vorgänge im Ausland sind die fraglichen Korrespondenten zunächst von der Ausweisung verontwöhlicht, es ist ihnen vielmehr eine Bewährungsfrist von zwei Monaten zugewilligt worden."

### Straßenzwischenfall in Bremen

Bremen, 9. März. Der Konsul von Peru wurde von einem unbekanntem Täter auf der Straße überfallen und leicht verletzt.

# Macdonalds und Simons Reise nach Genf

## Betrachtungen der „Times“

London, 9. März.

In einem Leitartikel zur Reise Macdonalds und Sir John Simons nach Paris und Genf warnen „Times“ vor Mißverständnissen, die sich aus dem „geographischen Zufall“ ergeben könnten, daß die Hauptstadt Frankreichs auf halbem Wege zwischen London und Genf liege. Das Blatt, das anscheinend nicht verstehen kann, daß Deutschland und Italien in der Abrüstungsfrage kein Interesse an der Ausarbeitung irgendeiner den Schein währenden freundlichen Formel haben, sondern auf redliche Einlösung des auf der Versailles-Konferenz gegebenen Abrüstungsversprechens durch die Abrüstungskommission dringen müßte, gibt in einem unberechtigt gereizten Ton seinem Bedauern über das Fernbleiben der führenden Staatsmänner Italiens und Deutschlands Ausdruck.

Von dem Abschluß eines vorläufigen Paktes oder einer vorübergehenden Vereinbarung zwischen der französischen und der britischen Regierung sei, fahren „Times“ dann fort, selbstverständlich keine Rede. Der einzige Schaden, der aus der morgigen Begegnung entstehen könnte, würde darin bestehen, daß sie falsch aufgefaßt wird. Eine Neigung zu verkehrter Auffassung sei bereits in Italien bemerkbar, aber wenn die Hauptstadt Italiens auf dem Wege nach Genf läge, so wäre ein Besuch mit größter Bereitwilligkeit gemacht worden. Selbst unter den jetzigen Umständen sollte eine gelegentliche Zusammenkunft in Turin oder Mailand oder einer anderen norditalienischen Stadt möglich sein, zu der sich der italienische Ministerpräsident ohne Schwierigkeiten begeben könnte. Nichts würde in England und den anderen Ländern mit größerer Wärme begrüßt sein, als wenn das Oberhaupt Italiens ebenso wie das Oberhaupt der deutschen Regierung in der Lage gewesen wären, persönlich anwesend zu sein. Da beide sich in anderem Sinne entschieden haben, müßten sie auch, wie das Blatt glaubt, vorbeugend bemerken zu sollen, die Verantwortung dafür tragen, wenn der Anschein entsteht, daß irgendwelche von den bevorstehenden Genfer Beratungen einen Beigeschmack von Eindeutigkeit erhalten.

Eine Meldung, daß der italienische Botschafter Grandi bei seiner Abreise nach Rom einen persönlichen Brief Macdonalds an Mussolini mitgenommen habe, in dem letzterer aufgefordert werde, nach Genf zu kommen, wird von amtlicher

englischer Seite für unzutreffend erklärt.

### Gibt Paris seinen konstruktiven Abrüstungsplan auf?

Paris, 9. März.

Das Totenglöckchen des französischen konstruktiven Abrüstungsplanes wird bereits heute von einem angesehenen französischen Blatt, dem nationalistischen und militärischen „Echo de Paris“ geläutet. Es schreibt, vom französischen Plan zur Organisation des Friedens bestche überhaupt nichts mehr. Der gegenseitige Beistand sei die Seele des Planes gewesen; er erweise sich jetzt als undurchführbar. Innerhalb des Hauptausschusses sei jetzt der Augenblick gekommen, da der französische Vertreter kein sage. Wenn man die französische Armee antaste, schließt der Artikel, dann taste man den Frieden an.

Wenn auch das offiziöse Organ des Quai d'Orsay, „Petit Parisien“, nicht so weit geht wie „Echo de Paris“, scheint es doch mit besonderer Absicht darauf hinzuweisen, daß Macdonalds Bemühungen um eine effektive Durchführung der Gleichberechtigung in Paris auf unfruchtbaren Boden fallen werde. Das Blatt meint, die französische Regierung werde sich wohl nicht einem neuen Mißverständnis bezüglich der Gleichberechtigung aussetzen, die beständig alle Genfer Debatten verfolgt haben. Der französische Außenminister habe zu entschieden Stellung genommen, als daß er noch zurückblöke. Frankreich würde sonst einen tiefen Graben zwischen sich und seine Freunde, Polen, Belgien, Kleine Entente, ziehen.

### Die Genfer Abrüstungs-Verhandlungen

#### Vertagung ist Scheitern

Berlin, 8. März.

Berschiedentlich hört man in der politischen Diskussion über die Genfer Abrüstungskonferenz die Möglichkeit einer Vertagung der Konferenz erörtern. Ernstlich ist, wie von zuständiger Seite festgestellt wird, etwas derartiges noch nicht in Frage gezogen worden. Wenn es sich dabei um eine kurzfristige Vertagung über die Osterferien handeln sollte, so läme dem ledigst technische Bedeutung zu. Wenn aber ernstlich an eine Vertagung der ganzen Konferenzarbeiten gedacht werden sollte, so wäre das gleichbedeutend mit einem Scheitern der ganzen Verhandlungen. Eine solche Vertagung ist für Deutschland nicht tragbar und würde dem ganzen Sinn der Abrüstung widersprechen.

# Die Deutschlandkritik der Warschauer Presse

A. Warschau, 8. März.

Dem polnischen Volke wird im allgemeinen nachgerühmt, daß es sich in den anderthalb Jahrhunderten ihrer nationalen Anfechtung und in der Emigration eine außerordentliche Heldtätigkeit für kommende politische Ereignisse erworben hätten, die sie künftige Umwälzungen lange vor den meisten andern Völkern vorausfühlen lassen soll. Diese polnische Heldtätigkeit hat, wie sich in den letzten Jahren deutlich gezeigt hat, eine unverkennbare zeitliche Grenze; sie tritt nur in Erscheinung bei Ereignissen und Bewegungen, die sich im Rahmen der Vorkriegsvorstellungen halten bzw. direkt auf solche zurückgehen. Wo das nicht der Fall ist, da wird so lange an den neuen Ereignissen und Bewegungen gebauert, bis sie endlich doch in irgendwelche Vorkriegskategorien eingereiht sind. Daß die Welt sich in den 15 Jahren Nachkriegszeit gründlich gewandelt hat und heute nicht nur ein anderes Gesicht trägt, sondern auch einen anderen Inhalt hat als in der Vorkriegszeit, beginnt man in Polen erst jetzt Kenntnis zu nehmen.

14 Jahre hat es gedauert, bis man in Polen eingesehen hat, daß die Sowjetunion eine Großmacht ist, von der nicht zu erwarten steht, daß sie gewissermaßen „aus eigener Kraft“ wieder zusammenbricht. Die offiziöse „Gazeta Polska“ hat erst vor wenigen Monaten durch ihren nach Moskau entsandten Berichterstatter Bergson sich die Entdeckung berichten lassen, daß es in der Sowjetunion heute etwas anders aussieht als vor zwanzig Jahren im zaristischen Rußland. Und nach diesem Vorgange läßt sich erwarten, daß die polnische Presse so etwa um 1940 entgehen haben wird, daß auch in

Deutschland gewisse, dann auch in Polen nicht länger zu übersehende Wandlungen eingetreten sind.

Einstweilen reißt die Warschauer Presse alles, was in Deutschland geschieht, in die ihr geläufigen Vorkriegskategorien ein, in deren Bann sie sich bewegt. Zum Zwecke der bequemeren Berichterstattung über Deutschland haben sich ihre Leitartikel eine Sammlung von Klischees angelegt, die in ihren Aufsätzen zu immer neuen Wortgemälden je nach Bedarf zusammengestellt werden. Das Klischee Hitler zeigt einen Mann, der aller Gewalttaten und Rechtsbrüche fähig ist, besonders natürlich gegen Polen, und der als solcher den Ur-Deutschen darstellt, wie er lebt und leidet. Im Hausgebrauch auch als Kindererschreck zu verwenden. Hinter ihm stehen „radikale Massen“, von denen die Warschauer Presse nicht genau weiß, was sie eigentlich wollen, außer daß sie etwas wollen, was Polen niemals wollen kann. Hitler ist ein „Militarist“, ein „Faschist“ und „Kreuzritter“, und das alles sind im Grunde auch Hindenburg, Papen, Hugenberg. Dies Dreigestirn hat aber keine „radikalen Massen“ hinter sich, sondern wurzelt im Grunde nur im Berliner „Herrenklub“. Da die Warschauer Blätter nicht wissen, was der Herrenklub ist, ist er ihnen doppelt gefährlich und bedrohlich. Diese Männer regieren heute Deutschland, und ob einer von ihnen allein regiert oder alle gemeinsam, ist für Polen alles eins.

Links von ihnen steht die „Linke“, deren Lebensaufgabe ist, die „Rechte“ zu bekämpfen. Sie zeichnet sich notorisch durch „Schwäche“ aus, nicht nur im Augenblick, sondern auch schon in der Vergangenheit, was sich nach der „Gazeta Polska“ zum Beispiel darin zeigte, daß sie den Panzerkreuzerhauten zustimmte. Die Warschauer bürgerliche Presse aller Schattierungen, einschließlich der „Gazeta War-

szawsta“, die immer und überall außer in Polen die Macht anbetet, hält den Untergang der „Linken“ für besiegelt, während der sozialistische „Robotnik“ ihr grundsätzlich auch für den Fall, daß sie alle Schlachten verliert, den Endsieg zuspricht. Für alle diese Staatsmänner und Gruppierungen in Deutschland sieht die Warschauer Presse nur zwei mögliche Arten der Politik: Realpolitik oder Katastrophepolitik. Die Realpolitik, muß man hierbei wissen, ist diejenige, der Polen hundertprozentig zustimmen kann, und die Katastrophepolitik ist die andere, die die Wege der polnischen Politik kreuzt.

Diese Systematik der Deutschlandkritik der großen Warschauer Presse gestattet es, jeden deutschen Politiker je nach Bedarf einmal als Realpolitiker und das andere Mal als Katastrophepolitiker zu beurteilen. Kein einziges nennenswertes Warschauer Blatt hat in diesen letzten Jahren auch nur den Versuch unternommen, die deutschen Dinge einmal von einem deutschen Nachkriegsstandpunkt aus zu sehen. Keines dieser Blätter hat begriffen, daß diese Klischeierung in der Berichterstattung über Deutschland unrichtig ist und daß in Deutschland Politiker und Politik ebenso wie überall in der Welt eine ständige Entwicklung durchmachen, nur daß sich diese Entwicklung im Zeichen der großen deutschen Not heute weit schneller und weit umfassender vollzieht als seit Jahrzehnten. So kann es auch nicht ausbleiben, daß der durchschnittliche polnische Zeitungsleser von den Ereignissen in Deutschland immer wieder überrascht wird und daß bei jedem Wechsel niemals die Konstellation eintritt die er erwartet, sondern immer eine andere, die „unerwartet“ war. Seht er aber weiter diese seine Überraschungen, die ihm im Grunde nicht Deutschland, sondern nur die verfehlte Deutschlandkritik der polnischen Presse besage, mit dieser Presse lediglich auf die deutsche „Verfälschung“ so wird er voraussichtlich noch weit größere Überraschungen mit Deutschland erleben, als er bisher erlebt hat.

### Der Lodzer Streit

Die gestern im Warschauer Ministerium für soziale Fürsorge geführten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern der Lodzer Textilindustrie und Beamten des Ministeriums sind vorläufig ergebnislos verlaufen. Die Arbeitgeber zeigen sich bereit, einen neuen Tarifvertrag für die Textilindustrie abzuschließen, aber nicht auf der Grundlage des alten Vertrages vom Jahre 1928, was dies die Arbeitnehmer verlangen. Der Streit hat sich gestern weiter ausgedehnt und soll nach Angaben der Gewerkschaften in Lodz etwa 80 Prozent der Betriebe umfassen. In Zbuszka Wola, Konstantynow und Ruda Babianicka wurden gestern sämtliche Betriebe stillgelegt.

### Bekämpfung der Nachkulturbewegung

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern zum Zwecke der Bekämpfung der Nachkultur an die unterstellten Polizeibehörden am 3. März einen Rundbrief gerichtet, in dem es heißt:

So sehr es im Interesse der Volksgesundheit zu begrüßen ist, daß immer weitere Kreise, insbesondere auch der großstädtischen Bevölkerung, befreit sind, die Heilkräfte von Sonne, Luft und Wasser ihrem Körper dienstbar zu machen, so sehr muß die sogenannte Nachkulturbewegung als eine kulturelle Verzerrung abgelehnt werden. Es wird daher von allen Polizeibehörden erwartet, daß sie in Unterstüfung der durch die nationale Bewegung entwickelten geistigen Kräfte alle polizeilichen Maßnahmen ergreifen, um die sogenannte Nachkulturbewegung zu vernichten.

Im einzelnen wird folgendes angeordnet: 1. Die Nachkulturverbände sind auf das schärfste zu überwachern. 2. Soweit den Nachkulturverbänden für ihre Zwecke Badeanstalten oder freies Gelände zur Verfügung gestellt sind, ist auf die Eigentümer der Anstalten oder Grundstücke unverzüglich im Verhandlungswege dahingehend einzuwirken, daß sie die abgeschlossenen Bezirke lösen. 3. Werbepostanstalten sowie alle Uebungsabende und sonstige Veranstaltungen der Nachkulturverbände sind zu verbieten, da die Tatsache, daß derartige Veranstaltungen in Kenntnis einer größeren Personenzahl stattfinden, als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung anzusehen ist. Abgesehen davon wird auch häufig eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegen.

### Berliner Blätter

#### zu der Einsetzung von Polizeibeauftragten in Baden, Württemberg, Sachsen und Lippe

Die Uebernahme der Polizeigewalt in Schaumburg-Lippe, Baden, Württemberg und Sachsen durch den Reichsinnenminister und die Einsetzung von Reichsbeauftragten wird nur von wenigen Zeitungen besprochen. Der „Baltische Beobachter“ schreibt, der einmütige Wille von 17 Millionen sei das äußere Zeichen dafür, daß die Vereinfachung des Regierungswillens im gesamten deutschen Reichsgebiet die Forderung des Tages sei. Die „Deutsche Zeitung“ begrüßt es, daß die Reichsregierung dort, wo es notwendig erscheine, eingreife, indem sie den betreffenden Stimmvertretern die Polizeigewalt entziehe. Der „Tag“ meint, es handle sich bei den Vorgängen durchweg um Länder, deren Regierungen sich selbst schon als überfällig betrachten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ begrüßt das Eingreifen des Reiches als eine vorwegnehmende Maßregel und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Regierungsumbildung in den Ländern folgen müsse.







